

Josef Schüßlburner
Alternative für Deutschland
Braucht Deutschland eine €-kritische Partei? oder:
Wird der parteipolitische Pluralismus abermals am „Kampf gegen rechts“
scheitern?

Der „Kampf gegen rechts“, wie er in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Vorwand der Bekämpfung von „Rechtsextremismus“ ganz offen gegen den (partei-)politischen Pluralismus geführt wird, hat bereits zahlreichen oppositionellen Strömungen das Genick gebrochen. Dabei sind Parteien gemeint, die sich in der Regel nicht als „rechts“ verstehen wollten, aber natürlich legitimer Weise als solche eingestuft werden können, ja entsprechend der Logik des demokratischen Prozesses als solche eingestuft werden müssen, da eben die Opposition gegen eine etablierte Linke und eine nur mehr nach links vermittelnde Mitte, naturgemäß rechts ist.

In den freien Demokratien, die die Bundesrepublik Deutschland umgeben, ist allgemein akzeptiert, daß das Wesen einer freien Demokratie in der offen ausgetragenen Auseinandersetzung zwischen rechten und linken politisch-weltanschaulichen Strömungen um die jeweils zeitlich befristete Ausübung von Regierungsgewalt besteht, wie dies der Verfasser in seinem Buch: **Konsens-Demokratie. Die Kosten der politischen Mitte** dargestellt hat. Dementsprechend verstehen sich in den größeren Demokratien die Parteien, die funktional, d.h. entsprechend der Stellung als Regierungspartei / Mehrheitspartei der bundesdeutschen CDU / CSU entsprechen, wie die Konservativen in Großbritannien, die Gaullisten in Frankreich oder die Republikaner in den USA als rechts, rechtsgerichtet und dergleichen. Da sich die CDU / CSU nicht in einer vergleichbaren Weise, wie dies in einer normalen Demokratie der Fall wäre, als „rechts“ einstufen wollen, sondern sich als „Mitte“ verstehen, die aber einen linken „Kampf gegen rechts“ mit bestreitet (und damit selbst erklärt, keine „Mitte“ sein zu wollen), geht dem politischen Pluralismus in der Bundesrepublik Deutschland erkennbar etwas ab. Es ist dann völlig legitim, ja im Interesse der politischen Freiheit geboten, daß sich eine Partei bildet, die dem Deutschen Volk das ihm verwehrte Angebot einer rechten politischen Option macht.

Diese Option scheint sich nunmehr wieder in Form der Partei *Alternative für Deutschland* zu ergeben. Da der wesentliche Punkt derzeit in der Opposition gegen den europäischen Währungssozialismus besteht, stellen sich die Erfolgsaussichten (wie noch darzulegen ist) als durchaus gut dar, würde die Demokratie in Deutschland so funktionieren, wie man dies im Schulunterricht entsprechend dem Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Demokratie beigebracht bekommt. Ein wesentlicher Grund für ein mögliches - und leider muß man dies so sagen - wahrscheinliches Scheitern (auch) dieser *Alternative* entsprechend den Vorgängerbestrebungen ist der demokratiefeindliche „Kampf gegen rechts“. Ein Scheitern an den dabei für oppositionelle Bestrebungen gestellten Fallen beginnt in der Regel damit, daß man sich nicht als „rechts“ einstufen will, was meist damit anfängt, daß Parteisprecher der neuen Partei die links-rechts-Einteilung für „überholt“ halten, obwohl sich die Linken eindeutig als „links“ einstufen (mögen sie sich auch gelegentlich zur „neuen Mitte“ erklären) und zum anderen die offene Geheimdienstpolitik der Mitwirkung der Polizeiminister an der Meinungsbildung des Volks genau weiß, was „rechtsextrem“ ist (was ja den Begriff „rechts“ zur Voraussetzung hat). Da - anders als in den die Bundesrepublik Deutschland umgebenden freien Demokratien - rechts (und damit der politische Pluralismus unter damit Einschluß des

freien Wahlrechts) nicht als wirklich legitim anerkannt werden soll, wird automatisch aus der normalen politischen Option „rechts“ „rechtsextrem“. Damit entfällt für eine neue Partei erhebliches Rekrutierungspotential, da man für eine rechte Politik nun einmal rechtes Personal braucht (also Leute, die einmal in der „Schill-Partei“, bei den *Republikanern* und vielleicht sogar bei der *NPD* versucht haben, politische Alternativoptionen anzubieten) – und so viele Leute (hinsichtlich der Linken spricht man dabei von Menschen), die Wahlzettel verteilen, Plakate kleben, Straßendiskussionen führen wollen, gibt es gar nicht. Und eine Professorenriege allein kann dies nicht schaffen. Auch die vorübergehend mögliche Fernsehpräsenz kann dies nicht ausgleichen, zumal man sich dringend darauf einstellen sollte, daß die Präsenz in den sozialistischen Medien, die von den etablierten Parteien gesteuert werden, überhaupt nicht garantiert ist.

Aber zunächst die grundlegende Frage, die sich dabei stellt: Braucht Deutschland, angesichts der regierungsamtlich verkündeten Alternativlosigkeit überhaupt die Alternative einer €-kritische Partei, die im Zweifel und angesichts der parteipolitischen Konstellationen entsprechend der Demokratielogik notwendigerweise „rechts“ sein wird? Diese Frage ist natürlich etwas problematisch formuliert, weil einer einzelner sich nicht für autorisiert halten kann, „für Deutschland“ festzulegen oder auch nur festzustellen, welche neue Partei möglicherweise benötigt wird und zwar ganz unabhängig von deren Charakter als €-kritischer, aber pro-europäischer oder auch als anti-europäischer Partei - zumal parteipolitische Gegner da angesichts des etablierten ideologischen Antipluralismus ohnehin keinen Unterschied machen würden. Der einzelne kann sich selbst entsprechen festlegen und derartiges für geboten oder wünschenswert halten; diesen möglichen Wunsch aber als allgemeine Feststellung zu treffen, ist zumindest problematisch und nötigt zur Suche nach objektiveren Kriterien.

Maßstab zur Beantwortung der Frage nach der Notwendigkeit einer parteipolitischen Alternative: Repräsentativer Charakter der parlamentarischen Demokratie

Dafür könnte die jüngste Beobachtung einen Maßstab ergeben (die nachfolgenden Zahlenangaben sind der Ausgabe Januar 2012 der Monatsschrift *Merkur* entnommen), daß 80 % der Deutschen die Krisenpolitik der Regierung Merkel pro € in der Eurokrise für falsch halten, sich über 70 % gegen eine Ausweitung des für Deutschland kostspieligen Rettungsschirms aussprechen und über 60 % gegen eine europäische Wirtschaftsregierung eingestellt sind. Wenn umgekehrt dazu zeitgleich im Deutschen Bundestag, also der Volksvertretung, das Europäische Finanzaufsichtssystem (ESFS) eine Zustimmungsquote von etwa 90 % hat, dann stellt sich schon die Frage, ob da nicht etwas grundlegend schief läuft. Aus dieser Frage ergibt sich dann wohl doch ein inter-subjektiver Bewertungsmaßstab für die gestellte Themenfrage nach der Notwendigkeit einer - vereinfacht - €-kritischen Partei.

Immerhin beansprucht die Bundesrepublik Deutschland eine repräsentative Demokratie zu sein, in der zwar der von der Demokratiekonzeption vorausgesetzte Volkswille institutionell vermittelt und von verantwortungsbewußten Politikern „moderiert“ wird, so daß man nicht unbedingt von einer Identität der Prozentsätze bei Volk und Volksvertretung selbst bei grundlegenden politischen Fragen ausgehen darf. Aber die Bundesrepublik Deutschland hat auch ein Verhältniswahlrecht, dessen klarer Zweck es wiederum ist, das Parlament doch in der überwiegenden Tendenz zum ideologie-politischen Spiegelbild des gesamten Wahlvolkes zu machen.

Gemessen am Maßstab, der sich dann aber aus dem Gedanken der vom Verhältniswahlssystem geprägten repräsentativen Demokratie ergibt, kann man die Themenfrage zumindest insoweit in einer vertretbaren Weise bejahend beantworten, als es danach einer €-kritischen Partei bedarf, will die Bundesrepublik Deutschland den Anforderungen einer repräsentativen Demokratie genügen. Dies trifft zumindest dann zu, wenn klar ist, daß die etablierten Parteien nicht bereit sind, die €-kritische Mehrheit des deutschen Wahlvolkes im Parlament einigermaßen adäquat abzubilden, indem sie nach dem Motto, das dem klassischen Demokraten heilig war: *vox populi vox dei* („die Stimme des Volkes ist die Stimme Gottes“) ihre Agenda ändern und zu €-kritischen Parteien und Fraktionen mutieren. Auch damit würde nämlich dem Prinzip der repräsentativen Demokratie durchaus Rechnung getragen.

Letzte Chance für die FDP: Mutation zur €-kritischen Partei

Beobachtet werden kann dieser Mechanismus etwa bei der - verglichen mit der Bundesrepublik Deutschland - Musterdemokratie Dänemark, wo die maßgebliche Partei *Venstre*, also - übersetzt - die klassische liberale *Linke*, in Übereinstimmung mit dem Wählerwillen zur national-liberalen €-kritischen Rechtspartei mutiert ist, die - sicherlich unter dem Druck einer „rechtspopulistischen“ *Dänischen Volkspartei*, deren Betätigung im freien Königreich im Norden des nur freiheitlichen Deutschlands keine rechtlichen Vorschriften entgegenstehen - das Königreich vom Unheil des € bislang bewahren konnte. Diese Beobachtung könnte auch ein Ansporn für die FDP sein, dem Vorbild ihrer liberalen dänischen Schwesterpartei zu folgen und zur €-kritischen, national-liberalen Rechtspartei zu mutieren.

Damit wäre sie vom drohenden Scheitern an der Aussperrklausel des Wahlrechts geschützt und die bundesdeutsche Demokratie könnte doch noch ihren repräsentativen Charakter bekommen. Falls dieser Wandel der FDP zu einer zumindest überwiegend national-liberalen Partei, also die Rückkehr zu ihrer maßgeblichen rechten Wurzel, die einst beinahe einer alliierten Lizenzierung (Demokratiekonformitätsbescheinigung) entgegengestanden war, aufgrund des maßgeblichen Parteipersonals nicht möglich sein sollte, was zu befürchten ist, dann bleibt eigentlich nur der Weg zur Parteineugründung, die sich nunmehr mit der *Alternative* abzeichnet.

Repräsentativer Charakter der bundesdeutschen Demokratie durch Irrelevanz des €-Themas gesichert?

Doch Vorsicht! Es könnte ja sein, daß - vereinfacht - „Europa“ den durchschnittlichen bundesdeutschen Wahlbürger so irrelevant ist, daß insoweit die extreme Abweichung von Volksmehrheit und Parlamentsmehrheit nicht stört, weil für die überwiegende Mehrheit des deutschen Wahlvolkes Fragen wie die des Privatkredit des (ehemaligen) Staatsoberhauptes zur Finanzierung des privaten Hausbaus für die Wahlentscheidung von maßgebender Bedeutung sein könnten. Angesichts dieser möglicherweise als wahlentscheidend anzusehenden Problemstellungen der präsidentialen bzw. ministerpräsidentiellen Übernachtungskosten zur Minderung von äußerst belastenden Urlaubskosten könnten dann Probleme wie die eines möglichen Milliardentransfers zu Lasten des deutschen Steuerzahlers bei Realisierung von €-politischer Haftungsrisiken völlig irrelevant erscheinen lassen. Diesen Eindruck hat zumindest der sozialisierte Rundfunk vorübergehend vermittelt, wo die €-Krise völlig von Fragen des *up-grading* ministerpräsidentieller Privatflüge in den Hintergrund getreten war. Dies würde dann bedeuten, daß aus dem Maßstab der mit Verhältniswahlrecht unterlegten repräsentativen

Demokratie mitnichten die Folgerung abzuleiten wäre, es müsse unbedingt eine €-kritische Partei und damit eine *Alternative* geben.

Wie kann man aber feststellen, ob Europafragen „dem Wähler“ wirklich so irrelevant sind, daß eine extreme Divergenz von Volk und Parlament in diesen wohl zentralen Fragen den repräsentativen Charakter der bundesdeutschen Demokratie nicht beeinträchtigt? Oder umgekehrt: Sind diese €-Fragen dem Wähler nicht vielleicht doch so wichtig, daß sich dann schon die grundlegende Frage stellt, ob angesichts der Divergenz von Parlament und Wahlvolk in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch eine repräsentative Demokratie vorliegt? Und woraus würden sich diese Zweifel ergeben?

Relevanztest: Chancen einer €-kritischen Partei

Dieser Problemstellung, die letztlich die gestellte Themenfrage möglichst objektiv beantworten soll, kann nur dann, zumindest annäherungsweise Rechnung getragen werden, wenn man sich die weitere Frage nach den **Chancen einer €-kritischen neuen Partei** stellt:

Wenn €-Fragen für den durchschnittlichen bundesdeutschen Wähler wirklich so bedeutsam sind, wie dies in anderen die Bundesrepublik Deutschland umgebenden demokratischen Staaten der Fall ist, dürfte es kein besonders großes Problem darstellen, sich als €-kritische Partei durchzusetzen, wenn die €-freundlichen Parteien auf ihrer - betrachtet nach den in Umfragen anscheinend ermittelten Wählerpräferenzen - Minderheitsposition beharren. Es läßt sich ja feststellen, daß dieser Mechanismus in funktionierenden Demokratien tatsächlich wirkt: Hingewiesen sei nur auf die fast schulbuchartig funktionierende Demokratie in Finnland, wo die €-skeptischen „Basisfinnen“ - meist „Wahren Finnen“ genannt - bei den jüngsten Wahlen zum Staatsparlament am 17.04.2011 mit 19,0 % fast gleichauf mit der zweitstärksten, traditionsreichen Sozialdemokratie mit 19,1% an Stimmenzahl gelegen haben. Die €-kritischen Basisfinnen haben dabei als neue Partei innerhalb einer Legislaturperiode ihre Parlamentssitze von 5 auf 39 Sitze erhöht. Dabei ist unstrittig, daß der wesentliche Grund für den beeindruckenden Wahlerfolg innerhalb einer Wahlperiode die als €-Krise empfundene Staatsschuldenkrise darstellt, der gegenüber sich die etablierten Parteien aus Sicht der finnischen Wähler nicht genügend skeptisch gezeigt hätten, indem sie für den finnischen Steuerzahler erhebliche europapolitische Risiken einzugehen bereit waren.

Unterstellt der Fall der Schulbuchdemokratie Finnland wäre in etwa typisch für die Bedeutung, welche Wähler in EU-Mitgliedsstaaten generell der €-Problematik beimessen, dann müßte es eigentlich auch in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der €-Betonköpfigkeit der etablierten Parteien möglich sein, eine €-kritische Partei zum Wahlerfolg zu führen. Falls diese Aussicht besteht, dürfte es dann auch nicht allzu schwer sein, eine derartige Partei aufzubauen, d.h. genügend Mitglieder und Anhänger zu gewinnen und insbesondere Finanzen aufzutreiben, die man braucht, um Wahlkämpfe erfolgreich bestreiten und in Wählerstimmen und vor allem Parlamentssitze mit anschließenden Ministerposten umsetzen zu können. In der Tat: Eine gute Ausgangsbasis für die *Alternative für Deutschland!*

Geschichtlicher Bezugsfall: Bund freier Bürger (BFB)

So hatte sich dies, auf Anhieb realistisch erscheinend, schon 1994 der ehemalige bayerische FDP-Politiker *Manfred Brunner*, ein Experte in Fragen der Europa-Politik, vorgestellt, der mit seiner Ablehnung der Einführung des € sicherlich die seinerzeit relative, wenn nicht gar

absolute Volksmehrheit in Deutschland repräsentiert haben dürfte und der deshalb geglaubt hat, mit seinem *Bund freier Bürger* (BFB) mit entscheidenden Anteilen Wahlen gewinnen zu können. *Brunner* hatte dabei die Wahlerfolge der FPÖ in Österreich vor Augen, mit deren damaligen Vorsitzenden *Jörg Haider* er zusammenarbeitete und der für ihn als „Zugpferd“ auch Wahlkampfeinsätze im Bundesgebiet bestritt. Damit hat er nicht ganz ungeschickt dem etablierten Kampf gegen rechts offensiv vorgebeugt. Die Orientierung an der FPÖ zur Abschätzung der Wahlaussichten war insofern realistisch, da Österreich trotz alliierter, von österreichischen Kommunisten in die Welt gesetzter Legenden, ja doch nicht so ganz unterschiedlich von der Bundesrepublik Deutschland strukturiert sein dürfte und Umfragen auch zeigten, daß sich bis zu einem Drittel der befragten Bundesdeutschen vorstellen konnten, eventuell eine „Haider-Partei“ zu wählen, 12% sagten dies gewissermaßen in Umfragen als „ganz sicher“ zu.

Warum hat sich nun dieses Potential nicht partei- und wahlpolitisch umsetzen lassen? War den vom Großphilosophen *Habermas* in der pseudo-liberalen „Zeit“ als „DM-Nationalisten“ angepöbelten Deutschen die DM-Abschaffung dann doch relativ gleichgültig? Oder gibt es vielleicht Mechanismen, die dem repräsentativen Charakter der parlamentarischen Demokratie in Deutschland entgegenstehen? Eine Frage, die sich wohl aufdrängt, obwohl schon klar wird, daß sie eigentlich nur in einer bestimmten Weise beantwortet werden kann, wenn man sich gezwungen sieht, diese Frage zu stellen: Die Antwort kann dann eigentlich nur zur Erkenntnis führen, daß es zwar - bewertet nach den Kriterien einer repräsentativen Demokratie - einer €-kritischen Partei bedürfte, diese sich aber nicht durchsetzen, sich eigentlich schon nicht wirklich bilden kann, weil die Bundesrepublik Deutschland doch keine derartige normale westliche Demokratie darstellt, sondern etwas „Besonderes“ ist, was nur mit Schwierigkeiten angemessen, d.h. gerecht zu beschreiben ist, aber möglicherweise doch als Form einer „defekten Demokratie“ anzusprechen wäre (um diesen Begriff aus der Demokratiemessung zumindest propädeutisch anzuwenden). Als „defekt“ wäre die Demokratie wegen des antipluralistischen „Kampfes gegen rechts“ zu beschreiben, der unter dem Vorwand der Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ den Deutschen den vollen politischen Pluralismus verwehren will.

Mechanismen zur Verhinderung des repräsentativen Charakters der bundesdeutschen Demokratie

Der *BFB* stellte mit seinen ca. 1.500 (so neutrale Schätzungen) bis 2.000 Mitgliedern (so Eigenschätzung dieser Partei) sicherlich die intelligentste Partei dar, die Deutschland je hatte, nun aber bald von der *Alternative* übertroffen werden könnte. Sie kam aber über einen Stimmenanteil von 1,3 % kaum hinaus. Bei der im Zeitraum der Themenstellung relevanten Europawahl vom Juni 1994 wurden nur 1,1 Prozent an Stimmenanteil erreicht. Entgegen dem Ersteindruck wäre dies als erstes Ergebnis einer neuen Partei durchaus brauchbar, zumal auch die €-kritischen „Wahren Finnen“ mit einem relativ geringen Prozentsatz, nämlich 4,1 % im Jahr 2007 begonnen hatten, um dann nach nur einer Wahlperiode auf die besagten 19% hochzuschnellen.

- Aussperrklausel des Wahlrechts

Allerdings besteht der entscheidende Unterschied zwischen dem als „frei“ (d.h. tatsächlich frei) anzusprechenden Finnland und dem als nur „freiheitlich“ (d.h. der Idee der Freiheit verpflichtet, der man „leider“ in der politischen Praxis angesichts des „Kampfes gegen rechts“

nicht ganz entsprechen kann) anzusprechenden Deutschland bereits darin, daß in der Bundesrepublik Deutschland die verfassungsrechtlich an sich gewährleistete Wahlgleichheit in einem entscheidenden Punkt - letztlich verfassungswidrig - nicht realisiert ist und zwar steht ein „finnisches Ergebnis“ für die *Alternative* schon die 5%-Klausel des bundesdeutschen Wahlrechts entgegen. Diese Klausel hat für neue Parteien eine Sperrwirkung von gefühlt mindestens 10%; dieser Unterstützeranteil am Wahlvolk muß eine neue Partei nämlich in etwa haben, um erstmals diese wahlrechtliche Aussperrklausel zu überwinden, weil zahlreiche Wähler das aus ihrer Sicht „kleinere Übel“ wählen, um ihre Stimme wegen des angenommenen Scheiterns an der 5%-Klausel nicht zu „verschenken“. Ohne Sperrklausel hätte der *BFB* deshalb wohl statt der 1,1% in der Tat schon an die 4,1% erreicht und hätte damit eine parlamentarische Basis gehabt, auf der man - den „Wahren Finnen“ vergleichbar - hätte aufbauen können. Da nichts erfolgreicher ist als der Erfolg, was vor allem in Wirtschaft und Politik gilt, hätte dann eine dem Stimmenanteil von 4,1% entsprechende Abgeordnetenzahl für weitere Mitglieder und vor allem Gelder gesorgt und es wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, dann in der nächsten Wahl das Potential der 12% an Wählern auszuschöpfen, die seinerzeit gewissermaßen als „ganz sicher“ die Wahl einer „Haider-Partei“ „zugesagt“ hatten. Das weitere Potential von 30% wäre dann langfristig zu erschließen, wie dies mittlerweile der Schweizer *SVP* und der österreichischen *FPÖ* in der Tat gelungen ist: Was man wegen der Bundesrepublik Deutschland mit ihrem eingeschränkten anti-rechts-Pluralismus versucht ist, anzuzweifeln, Österreich und die Schweiz, aber auch Finnland, Dänemark und Norwegen (dazu gleich) widerlegen den Zweifel: Demokratie ist machbar und kann wirken!

- Mitwirkung der Inlandsgeheimdienste an der Meinungsbildung des Volks

In der Tat wären mindestens das Zehnfache an Mitgliedern, also eher 20.000 als 2.000, notwendig gewesen wäre, um effektiv Wahlkampf betreiben zu können, was sich aber sicherlich ergeben hätte, wenn es die demokratiewidrige Aussperrklausel des bundesdeutschen Verhältniswahlrechts nicht gegeben hätte und weiterhin nicht geben würde.

Die Tatsache, daß das entsprechende Potential für den *BFB* zumindest nach den Befürchtungen der politischen Konkurrenz vorhanden gewesen wäre, läßt sich der Tatsache entnehmen, daß ein der *CDU* angehöriger thüringischer Innenminister rüde die Gründungsversammlung des *BFB* attackierte, indem er diesen Bund für weit gefährlicher hielt als bereits verankerte Gruppierungen wie *Republikaner* und *NPD* und den *BFB* daher „beobachten“ lassen würde - gemeint: mittels Inlandsgeheimdienstes. Damit ist ein weiterer besonderer Mechanismus der besonderen bundesdeutschen Demokratie angesprochen, nämlich die Mitwirkung der Inlandsgeheimdienste und damit der Polizeiministerien an der Meinungsbildung des Volks. Dies führt dazu, daß sich die Sperrwirkung der wahlrechtlichen Aussperrklausel, die bei neuen Parteien bereits bei gefühlten 10% liegen dürfte, sich vielleicht auf gefühlt bis zu 20% steigert. Diese Steigerung der Sperrwirkung ergibt sich aus folgenden Mechanismen, die beim *BFB* sofort ihre Wirkung entfaltet haben: Parteiführer *Brunner* trat angesichts der Intervention eines Polizeiministeriums sofort der Angstschweiß auf die Stirn, als „rechts“ eingeordnet zu werden, was dementsprechend zu Ausgrenzungs-Entscheidungen hinsichtlich Mitglieder führte, d.h. ehemalige Mitglieder etwa der Partei *Die Republikaner* durften unabhängig von ihrer persönlichen Einstellung nicht Mitglieder werden, was auch zur Folge hatte, daß diese Partei, die bereits im Niedergang begriffen war, sich nicht auflöste, sondern als weitere Partei fortbestand, was zur Aufsplitterung der Stimmen führte: Und wenn etwa vier sogenannte „Kleinparteien“ jeweils knapp an der 5%-Klausel scheitern, dann ist die gefühlte Sperrwirkung von ca. 20%, welche der harmlos erscheinenden 5%-Klausel dann

anhaltet, fast schon förmlich nachweisbar! Mit anderen Worten: Parteien oder zumindest deren Mitglieder, die sich unter freien Verhältnissen, die in der Bundesrepublik Deutschland angesichts des Kampfes gegen rechts nicht angenommen werden können, zur Überwindung von Sperrwirkungen des Wahlrechts (die in der Tat in allen Wahlsystemen in irgend einer Form existieren) zusammenschließen würden, bleiben bei den nur „freiheitlichen“ Verhältnissen der Bundesrepublik Deutschland getrennt und scheitern dann parallel an der Aussperrklausel, womit bis zu 30% der Stimmen fehlgesteuert werden, wenn man neben den förmlich entwerteten die Stimmen mit berücksichtigt, die jeweils das aus ihrer Sicht „kleinere Übel“ gewählt haben und ohne Sperrklausel die aus ihrer Sicht dann richtige Wahlentscheidung getroffen hätten. Hinzukommen noch die politisch interessierten Nichtwähler, die es angesichts der bundesdeutschen Pluralismusverweigerung resigniert aufgegeben haben, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen.

- Verhinderung der Rekrutierung aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes

Die Abgrenzungsentscheidungen des *BFB* haben aber dann doch nicht verhindert, daß die Polizeiminister zuschlugen: Der *BFB* wurde in der Folgezeit, die dann schnell in die Endphase überführte, in sogenannten „Verfassungsschutzberichten“ aufgeführt: Die widerlichste dieser Veranstaltungen, nämlich der NRW-Inlandsgeheimdienst ordnete den *BFB* dem rechtsextremen Spektrum zu, gefolgt von Niedersachsen, der „zunehmend rechtsextremistische Elemente“ beim *BFB* feststellte. S. dazu den entsprechenden Wikipedia-Eintrag:

http://de.wikipedia.org/wiki/Bund_freier_B%C3%BCrger_%E2%80%93_Offensive_f%C3%BCr_Deutschland

Diese mitteilende „Beobachtung“ durch den öffentlich in Erscheinung tretenden Inlandsgeheimdienst ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil damit einer derartigen Partei ziemlich schnell ein wichtiger Personalrekrutierungsbereich abhanden kommt, ohne den deutsche Parteien seit 200 Jahren Parteigeschichte nicht auskommen, nämlich der öffentliche Dienst. Dem Verfasser selbst hat ein damaliger Aktivist des *BFB* mitgeteilt, daß alle im öffentlichen Dienst des Landes NRW beschäftigten Kandidaten des *BFB* Abmahnungen / Mahnungen erhalten hätten, was sich dann dahingehend ausgewirkt hat, daß es neben dem Kreis weitgehend pensionierter Personen aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes an Personen gemangelt hat, die Wahlkampfplakate kleben oder ähnliche notwendige Banalitäten vornehmen konnten.

- Hofnarrenfunktion des sozialisierten Rundfunksystems

Brunner hat - allerdings nicht frei von Illusionen - insofern das Beste aus der Situation gemacht, indem er qualifizierte Presseerklärungen verfaßte, von denen er dann annahm, daß den Medien nichts anders übrig bleiben würde, als diese aufzugreifen und sich damit auseinanderzusetzen. Er hatte damit einen gewissen Erfolg, da er immerhin - wie derzeit noch die maßgeblichen Personen der *Alternative* - zu ein paar Sendungen eingeladen wurde. Allerdings: Schon der Ex-Diplomat *Erwin Wickert*, sicherlich eine beachtliche Persönlichkeit, hat sich als aktives Mitglied des *BFB* zurückgezogen, um der Karriere seines Sohnes *Ulrich* im sogenannten öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht im Wege zu stehen (zumindest ist dies die Einschätzung, die man aus dem Umfeld des damaligen *BFB*-Führungspersonals vernehmen kann). Illusionär war daher die Erwartung von *Brunner* gegenüber dem

sozialisierten Rundfunk durch das Verkennen des Charakters dieser Einrichtung, der darin besteht, daß der etablierten politischen Klasse dabei die Befugnis verliehen ist, sich ihre Kritiker selbst aussuchen zu dürfen: Man nannte derartiges Personal in vordemokratischen Zeiten Hofnarren. Hofnarren dürfen zwar ihren Souverän, die demokratische politische Klasse kritisieren, müssen aber ihre Loyalität ihrem Souverän gegenüber dadurch bekunden, daß sie gegen die Gegner dieser politischen Klasse nicht freundlich kritisieren, sondern Schauergeschichten erzählen (um den Begriff „Hetze“ zu vermeiden): Ein sogenannter „herrschaftsfreier Dialog“ im Sinne des bundesdeutschen Großphilosophen *Habermas*, der selbst dazu schon gar nicht in der Lage ist, wie der von ihm einst verursachte Hysteriker-, bzw. Historikerstreit zeigt, kann deshalb nicht erwartet werden! Damit ergibt sich der *circulus vitiosus* des bundesdeutschen Wahlsystems: Zum Beutewert des Wahlerfolgs in der Bundesrepublik Deutschland gehört vor allem die Verfügung über Auswahl und Beförderung von Hofnarren - verliert man die Wahl, wird man von diesen bespuckt, da sie ja von Wahlverlierern nichts zu befürchten haben: Dann werden schnell aus den 1,1%, die ohne Aussperrklausel 4,1 % gewesen wären und dann ein Potential von 14% für die nächsten Wahlen kreiert hätten, die finanziell tödlichen 0,4%, womit auch Aussichten selbst auf öffentliche Finanzierung endgültig im Eimer sind.

- bundesdeutsche Zivilreligion kreiert ...

Der eigentliche Grund für die Erfolglosigkeit des Bemühens, ca. 50% €-Gegner in Wählerstimmen von wenigstens 5,1% mit Bundestagssitzen umzusetzen, wie dies in normalen Demokratien, die die Bundesrepublik Deutschland umgeben, mit in Übereinstimmung mit demokratischen Gleichheitsgrundsätzen stehenden Verhältniswahlrechtssystemen relativ einfach möglich wäre, besteht jedoch in der Ideo-Logik, welche die Aussperrklausel des Wahlrechts trägt und durch die gleichgerichtete Ideo-Logik der öffentlichen Geheimdienstpolitik ins nahezu Unüberwindliche erhöht wird:

Wie insbesondere die Diskussion über die Einführung der Sperrklausel des Wahlrechts im vorkonstitutionellen hessischen Landtag mit seiner gegen die FDP und den Liberalismus gerichteten Verfassungskonkordanz aus KPD, SPD und CDU nach den überzeugenden Darlegungen von *Ulrich Wenner* (Sperrklauseln im Wahlrecht der Bundesrepublik Deutschland, 1986) zur 5%-Klausel des Wahlrechts zeigt, wollten die von der alliierten Besatzungsherrschaft lizenzierten Parteien mit der 5%-Klausel nach voraussichtlichem Wegfall des mit einer westlichen Demokratie nicht vereinbaren Lizenzierungssystems den Eintritt neuer Parteien, bei denen es sich nur um nichtlizenzierte Rechtsparteien handeln könnte, erheblich erschweren. Das sprunghafte Erscheinen des im Zeitalter des Antikommunismus geduldeten *Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten* nach Wegfall der alliierten Lizenzierung macht das Potential deutlich, das durch die alliierte Besatzungsherrschaft unterdrückt wurde (wie schon vorher der Erfolg der *Bayernpartei* nach Lockerung der amerikanischen Lizenzpolitik – ansonsten ist die bloße Existenz von Rechtsparteien wie insbesondere der *Deutschen Partei*, aber auch der vom Bundesverfassungsgericht verbotenen und als solche eingestuften *SRP*, der vorgeworfen wurde, mit dem Liberalismus unvereinbare Auffassungen zu vertreten, auf die gegenüber USA, UdSSR und Frankreich andere Lizenzierungspolitik der Briten zurückzuführen).

Das Lizenzierungssystem hat dann seine Fortsetzung mit der Parteiverbotskonzeption des Bundesverfassungsgerichts erhalten, die alle neuen Parteien, also Rechtsparteien, grundsätzlich als Verbotskandidaten begreift, da sie von den alliierten Demokratisierungsmächten (unter Einschluß der Sonderdemokratie Sowjetunion) nicht

lizenzieren worden wären. Aus dieser Verbotskonzeption hat sich dann das umfassende Ersatzverbotssystem entwickelt, mit dessen Hilfe die Sperrwirkung der wahlrechtlichen Sperrklausel ins Unüberwindliche erhöht werden kann, so daß sich Parteiverbote, die den Demokratie-Sonderweg Bundesrepublik, den *German way of democracy* (wie dies *The Economist* einmal beschrieben hat) für viele doch deutlich machen würden, erübrigen.

... den metaphysischen Nazi, den sich nur eine Minderheit zu wählen traut

Die Ideologik dieser Konzeption aus Sperrklausel und Verbotsdemokratie hat einer der intelligentesten Vertreter der bundesdeutschen politischen Klasse, *Peter Glotz* (SPD) in: *Focus* 11/1997, S. 102 ff., 106, r. Sp., unter dem Stichwort „Hindenburg-Syndrom“ dahingehend beschrieben, daß die etablierte politische Klasse der Bundesrepublik Deutschland nach dem Motto handeln würde: „Wir müssen das alles so organisieren, daß das Volk nicht viel zu sagen hat, im Zweifel wählen sie doch alle Nazis“. Daß die politische Klasse von dieser Annahme ausgeht, ergibt sich aus ihrer Forderung nach „Zivilcourage“, was auf der Annahme operiert, es würde „Mut“ erfordern, sich in der Bundesrepublik Deutschland „gegen Hitler“ auszusprechen. Diese Annahme wiederum basiert auf der Vermutung, daß dieser geheimnisvoll noch immer irgendwie regiert und sich dabei auf die potentielle Volksmehrheit stützt, der gegenüber man sich mutig zeigen könne, indem man gegen das seit 1945 an sich nicht mehr existierende NS-Regime mit „Zivilcourage“ „Widerstand“ leistet.

Natürlich stellt sich dann sofort die Frage: Waren der *BFB* und deren Parteivorsitzender *Brunner* „Nazis“ und wären die €-Kritiker, die in der Nachfolge von *Brunner* eine vergleichbare *Alternative* gründen, um den repräsentativen Charakter der bundesdeutschen Demokratie herzustellen „Nazis“? Die Antwort ist - aus der Perspektiv der politischen Klasse und des von dieser kontrollierten sozialisierten Rundfunksystems - ein klares, wenngleich nicht offen ausgesprochenes „Ja“: Um „Nazis“ zu identifizieren, wurde mittlerweile im „Kampf gegen rechts“ in der Bundesrepublik Deutschland so etwas wie eine Staatsreligion etabliert, die um die „Bewältigung“ kreist und sich in amtlichen Tränen bei bestimmten Opfergruppen (nicht aber bei anderen), permanenten Bekenntniszwang („Wir sind eine nicht-rassistische Schule“) niederschlägt. Diese Zivilreligion operiert erfolgreich mit (politischer) Metaphysik und diese erlaubt wiederum, den „metaphysischen Nazi“ zu identifizieren: Ein „Nazi“ in Sinne der etablierten Bundesideologiepolitik ist danach jemand, nicht weil er sich entsprechend geäußert oder gar verhalten hätte, sondern weil er dies verschwiegen und sich völlig legal verhalten hat, sich also der „Legalitätstaktik“ befleißigt: Er ist damit völlig rechtsstaatswidrig, dem Vorwurf der Hexerei (Schadenszauber) vergleichbar, mit einem Vorwurf belegt, den er nicht widerlegen kann und der ihn deshalb gnadenlos einer „Verbotsdiskussion“ aussetzt, die in der amtlichen und angekündigten „Beobachtung“ durch den Inlandsgeheimdienst wegen politisch unerwünschter Auffassungen besteht.

€-Kritik als Gefährdung der Nachkriegsordnung

Gerade an der Europa-Kritik, in welcher Form auch immer, läßt sich dieser „metaphysische Nazi“ leicht nachweisen, weil deutsche Europakritik zentral die Nachkriegsordnung in Frage stellt, mag dies auch den treuherzigen €-Kritikern der *Alternative* nicht bewußt und von diesen selbstverständlich nicht gewollt sein: Die bestehende Europa-Konstruktion geht auf einen, formell allerdings nicht verabschiedeten Resolutionsentwurf des US-Senats von 1947 zurück, mit dem die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa im Rahmen der Vereinten Nationen, d.h. beaufsichtigt von der Veto-Macht USA, gefordert wurde (Nachweis bei *Geir*

Lundestad, „Empire“ by Integration. The United States and European Integration, 1945-1997, 1998, S. 14), was den USA den Truppenrückzug bei indirekter „demokratischer“ Herrschaftsausübung ermöglichen sollte (zu dem es allerdings wegen des Ost-West-Konflikts nicht kommen sollte). Die damit konzeptionell bereits von den USA beschlossene EU machte durch entschlossene Einbindungspolitik die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 insbesondere den Franzosen erträglich (s. bei *Lundestad*, S. 23). 1961 verständigten sich *Kennedy* und *de Gaulle*, ungeachtet ihrer gegensätzlich Haltung in zahlreichen sonstigen Fragen darauf, daß die Niederhaltung Deutschlands den wesentlichen Zweck der EG-Konstruktion darstellt (s. bei *Lundestad*, S. 61). Maßgebliche französische Politiker halten den europäischen Frieden nur für möglich, wenn „die deutsche Macht untrennbar mit der französischen verbunden ist“ (so *Philippe Delmas*, Über den nächsten Krieg mit Deutschland. Eine Streitschrift aus Frankreich, 1999, S. 210), womit sicherlich nicht die gemeinsame Atomstreitmacht gemeint ist, die „Europa“ vielleicht zu einem machtpolitisch sinnvollen Konzept machen könnte (falls man etwa im Hinblick auf China langfristig eine solche Bedrohungslage erkennen sollte). Begründung für die Prämisse der deutschen Unterordnung unter Frankreich: „Denn Deutschlands Macht wird, wenn wir sie allein lassen, stärker sein als Europa. ‘Und das wird sich nur durch Krieg lösen lassen’, sagte *de Gaulle* einmal“ (ebenda).

Die politische Intention der Euro-Konstruktion, die durchaus erkennbar mit impliziten, zumindest gedanklichen Kriegsszenarien hinlegt ist, ist bei entscheidenden Weichenstellungen immer wieder sichtbar geworden. Erinnerung sei an die Ausführungen von *Emmanuel Todd*, eines früheren Beraters des Anti-FPÖ-Präsidenten Frankreichs *Chirac*, der im Zusammenhang mit den ideologisch gegen die „rechten Deutschen“ gerichteten „Österreichsanktionen“, also mit „Haider“ die „deutsche Frage“ als „wieder offen“ bezeichnet hat (*FAZ* vom 26. Februar 2000, S. 44). Diese französische Stimme ist deshalb bemerkenswert, weil sich *Todd* nämlich davor entschieden gegen die wiedervereinigungsfeindlichen Bestrebungen des *Kohl*-Freundes *Mitterand* gewandt und auch die Motivation insbesondere französischer Europapolitiker als „pervers“ bezeichnet hatte, Europa deshalb anstreben zu wollen, damit das im Zweifel rechte Deutschland verschwindet.

„Österreichsanktionen“: Selbst Nationalliberalismus ist Deutschen eigentlich verboten

Mit dem damaligen Regierungseintritt der *FPÖ*, der mit *Brunner* einst verbündeten Partei, wandte sich *Todd* gegen seine eigenen Aussagen zur Souveränität der Nationen, indem er den „deutschen Nationen“ - bemerkenswerter Weise werden dann die Österreicher entgegen der üblichen französischen Regierungspropaganda, die auf den österreichischen Kommunismus zurückgeht, plötzlich doch als Deutsche erkannt - „wegen ihrer Geschichte“ das Recht abstreitet, „rechtsextreme Regierungen zu bilden“. „Es ist nicht das Gleiche, ob die extreme Rechte in Deutschland, Italien oder Frankreich in die Regierung kommt“.

„Rechtsextrem“, was im Zweifel ein anderes Wort für „Nazis“ darstellt, ist die *FPÖ* nach *Todd*, weil sie „historisch gesehen“ „die Partei des Pangermanismus“ ist und „den Nationalliberalismus“ vertritt. Damit sind ein mit deutschen Interessen vereinbarer Liberalismus und die Verwirklichung der demokratischen Revolution von 1848 europolitisch den Deutschen schon verboten! Damit sind eigentlich jenseits der politischen Klasse unter Einschluß der ursprünglich von der amerikanischen Befreiungsmacht privilegierten *KPD*, die sich nunmehr unter der Bezeichnung *Die Linke* zur eigentlichen Verfassungsschutzpartei mausert, alle politischen Optionen versperrt, die den *Status quo* der Nachkriegszeit überschreiten könnten. Der antipluralistische „Kampf gegen rechts“, der „rechts“ mit „rechtsextrem“ gleichsetzt, indem er etwa eine Parteiverbotdiskussion und ein

Parteiverbotsverfahren veranstaltet, bei dem es vor allem auf den Kollateralschaden für den politischen Pluralismus und die Wahlfreiheit der Deutschen ankommt, besagt nichts anderes, ist er doch lediglich Vollzug einer internationalen Machtlage, welche von den von dieser Profitierenden gerne innerstaatlich durchgeführt wird.

Deutsche Europa-Kritik, in welcher Form auch immer vorgetragen, ist deshalb - mag dies den Anhängern auch nicht bewußt und von diesen schon gar nicht gewollt sein - in einer zentralen Weise gegen die Nachkriegsordnung gerichtet. Wer gegen die Nachkriegsordnung ist, will danach die deutsche Vormacht, will letztlich Krieg natürlich unter Einschluß des Holocaust und ist daher „Nazi“. Diese Ideologik ist den Deutschen derart zivilreligiös eingebläut, daß der Wechsel von den etablierten €-Parteien zu einer €-kritischen Partei wohl fast den Aufwand erfordert, den man braucht, um als religiöser Prediger einen Religionswechsel herbeizuführen und dies geht ersichtlich über den Propaganda-Aufwand, den man betreiben muß, um etwa einen regelmäßigen katholischen Kirchgänger ausnahmsweise zur Wahl der SPD zu veranlassen, erheblich hinaus. Diese Zivilreligion ist bereits derart erfolgreich, daß sie dem Wähler, der daran denkt, eine als „rechts“ eingeordnete Partei - als solche Einordnung würde eine €-kritische Partei unvermeidbar erleiden (und mag sie sich davon noch so abgrenzen) -, das unheimliche Gefühl vermittelt, er würde mit seinem Wahlkreuz irreversibel dem Holocaust zustimmen, so daß er sich nicht einmal zu einer im nächsten Wahlgang ja wieder revidierbaren „Protestwahl“ erlaubt sieht: Und dies, obwohl das Wahlgeheimnis nach bundesdeutschem Wahlrecht unstreitig gewahrt ist!

Diese Zivilreligion, die nahezu tagtäglich etwa in Form von Parteiverbotsforderungen von sich selbst zu Gutmenschen stilisierenden €-Politikern zelebriert wird, macht damit die Überwindung der geheimdienstpolitisch begleiteten wahlrechtlichen Aussperrklausel derart unüberwindbar, daß nunmehr das Bundesverfassungsgericht sich für die Abschaffung dieser Klausel im Europawahlgesetz, im Kontrast zur ursprünglichen Pseudo-Begründung zur Aufrechterhaltung derselben in der früheren einschlägigen Entscheidung durchringen konnte: Das Fortschreiten der besonderen Demokratiereligiosität läßt erwarten, daß auch das Entfallen der Klausel im bundesdeutschen Europawahlrecht die Chancen €-kritischer Parteien kaum erhöht oder angesichts des Fortbestands dieser Aussperrklausel im Bundestags- und Landtagswahlrecht einen möglichen Erfolg bei der Europawahl als „Protestwahl“ verpuffen läßt, der dann Parteiverbotsforderungen mit einem gesteigerten „Kampf gegen rechts“ nach sich ziehen würde. Für bundesdeutsche Politiker sind nämlich mittlerweile Verbotsforderungen gegen konkurrierende Parteien derart natürlich als gehörte so etwas ganz selbstverständlich zu einer Demokratie, welche sich seit der Antike durch das Versprechen politischer Freiheit und gerade nicht durch Unterdrückung, also durch ideologie-politische Verbotsforderungen legitimiert!

Voraussetzung für repräsentativen Charakter der bundesdeutschen Demokratie: Liberaler Demokratie in Deutschland

Wie können angesichts dieser für eine Parteinuugründung zunehmend aussichtsloser werdenden Situation die Voraussetzungen beschrieben werden, daß es eine €-kritische Partei in Übereinstimmung mit der Entwicklung des parteipolitischen Pluralismus in den liberalen Demokratien Europas doch noch schafft, in der Bundesrepublik Deutschland einen nennenswerten Stimmenanteil zu erwerben, welcher auch politische Folgen zeitigt und damit die notwendigen und zumindest teilweise legitimen parteipolitischen Beutebedürfnisse befriedigt?

Grundvoraussetzung ist oder wäre (da man wohl über Irrealis und Konjunktiv in diesen Fragen wohl leider nicht hinauskommen wird) die Einführung einer normalen westlichen / liberalen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, d.h. die Beseitigung des politisch-weltanschaulichen Verbotssystems, das sich im öffentlich in Erscheinung tretenden Inlandsgeheimdienst mit seiner Ideologiebeobachtungspolitik manifestiert. Kern dieses Verbotssystems ist die Parteiverbotskonzeption des Bundesverfassungsgerichts in Nachfolge des alliierten Lizenzierungssystems, die den ideologischen Hochverrat der „Legalitätstaktik“ bekämpft und nicht den rechtsstaatlich nach Polizeirecht zu definierenden tatsächlichen Hochverrat (Vorbereitungshandlungen für einen rechtswidrigen Machterwerb). Das darauf gestützte Verbotssystem eines permanenten ideologie-politischen Notstands hat zahlreiche Aspekte, die es zu beseitigen gälte, wie etwa die weltanschauliche Diskriminierung im öffentlichen Dienst, entweder indem man zu einem a-politischen *Civil Service System* nach angelsächsischem Muster übergeht oder die aktive Mitgliedschaft in allen nicht verbotenen Parteien erlaubt - und verboten können Parteien in einer normalen Demokratie nur, wenn die in § 78 der freien und nicht nur freiheitlichen Verfassung des Königreichs Dänemark beschriebenen Voraussetzungen erfüllt sind:

Vereine, die sich unter Anwendung von Gewalt betätigen oder ihre Ziele durch , Anstiftung zu Gewaltanwendung oder ähnliche strafbare Beeinflussung Andersdenkender zu erreichen suchen, werden durch Gerichtsurteil aufgelöst.

Bei diesen rechtsstaatlich operablen Voraussetzungen eines Vereins- und Parteiverbots dürften sich Verbotsforderungen in der Bundesrepublik Deutschland eher gegen links richten, bei den ideologie-politisch / zivilreligiösen Voraussetzungen der Bundesrepublik dagegen gegen rechts. Selbstverständlich wären die „Propagandadelikte“ des Strafrechts zu beseitigen, nicht weil es wünschenswert erscheint, daß diese „Leugnungen“, „Relativierungen“ etc. pp. dann straflos begangen werden, sondern weil derartige eigenartige Strafvorschriften nur aufgrund einer Konzeption gerechtfertigt werden können, die entgegen den als „absolut“ angesprochenen Diskriminierungsverboten des Artikels 3 Absatz 3 GG erhebliche weltanschauliche und politischen Diskriminierung erlaubt und damit über eine in den Grenzziehungen unberechenbare Garantie von Meinungsfreiheit den repräsentativen Charakter der bundesdeutschen Demokratie verhindern. Schließlich wäre das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem durch Privatisierung zu beseitigen.

Man kann dabei ersehen, daß die Änderung der Parteiverbotskonzeption im Zusammenhang mit dem bevorstehenden NPD-Verbotsverfahren für die den Erfolg der *Alternative* von entscheidender Bedeutung ist. Es geht dabei nicht darum, die *Alternative* in die Nähe zur NPD zu rücken (diese besteht nicht mehr als die Verbindung, die etwa die SPD dazu hat), sondern soll nur die Erkenntnis ausdrücken, daß in der Tat Freiheit nur in der Freiheit des Andersdenkenden besteht und es daß es deshalb auch keinen beschränkten Pluralismus geben kann, ebenso wenig wie eine nicht Frau nur „ein bißchen schwanger“ sein kann.

Beschreibung der generellen Erfolgsvoraussetzung einer Parteigründung

Auch ohne diese Voraussetzungen, aber gerade bei Fortbestehen der realen bundesdeutschen Verhältnisse sind für eine nach den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie an sich erforderlichen Gründung einer €-kritischen Partei gibt es für eine erfolgreiche Parteinuigründung mindestens zwei Voraussetzungen: Wenigstens eine überzeugende Führungsfigur, ca. 40 Jahre, finanziell unabhängig (was ein Professor als Beamter doch nicht ist), von robustem Gemüt: Sie (es dürfte sich im Zweifel doch eher um einen „er“ handeln)

muß es relativ gelassen aushalten, in der bundesdeutschen „Dialogkultur“ als vom Inlandsgeheimdienst beobachteter „Rechtsextremist“ vorgeführt zu werden, zu deren Lasten das Polizeiministerium eine negative Wahlempfehlung ausspricht. Man kann bekanntlich in der Bundesrepublik Deutschland nicht von einem „herrschaftsfreien Dialog“ ausgehen, wie sich dieser etwa in der Musterdemokratie Norwegen dahingehend spiegelt, daß alle Konkurrenzparteien zur „rechtspopulistischen“ *Fortschrittspartei* es strikt vermieden haben, dieser Partei die Anschläge in Oslo und Utøya zuzurechnen, die eine zwischenzeitlich als unzurechnungsfähig erklärte (dann aber doch als zurechnungsfähig verurteilte) Person begangen hat, die einst vorübergehend Mitglied dieser Partei gewesen war (wie etwa dem *FAZ*-Bericht vom 14.09.11, S. 4 entnommen werden kann: Norwegische Rechtspopulisten verlieren bei Kommunalwahlen. „Utøya-Effekt“ geringer als erwartete / Breivik vor Gericht).

Man weiß in der norwegischen Demokratie, daß derartige ideologie-politische Zurechnungen auf eine rechtsstaatswidrige Kollektivhaftung und auf bürgerkriegsartige Verhetzung des politischen Klimas hinauslaufen würden. Im Gegensatz dazu hat sich die bundesdeutsche „Dialogkultur“ nicht entblödet, diese Anschläge zu Verbotsforderungen gegen die NPD zu benutzen, mit der Unterstellungsmethode eines demokratischen Schadenszaubers, wonach diese Anschläge in Norwegen nicht stattgefunden hätten, wäre in der Bundesrepublik Deutschland, dem Zentrum der Welt-Demokratie, die N-Partei verboten gewesen. Wäre dagegen in Norwegen die letztlich doch „gegen Rechts“ ins Totalitäre gehende bundesdeutsche Mentalität typisch, dann wären diese Anschläge dazu benutzt worden, endlich den EU-Beitritt des Königreichs herbeizuführen, den das norwegische Volk durch sein Wahldrohungspotential zugunsten der „rechtspopulistischen“ *Fortschrittspartei* bislang verhindern konnte: Man muß berücksichtigen, daß sich die - in der Tat dringend revisionsbedürftige - bundesdeutsche Parteiverbotskonzeption mit ihrer Aberkennung von frei gewählten Parlamentsmandaten, Wahlteilnahmeverboten und Verbot der Neugründung von verbotenen Parteien mit unverdächtigem Personal gegen das Wahlvolk als solches richtet und sich damit als erheblich unfreier darstellt als etwa das Sozialistengesetz der Regierungszeit von Reichskanzler *Bismarck*! Wäre gegen die klassische Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich die bundesdeutsche Parteiverbotskonzeption angewandt worden, hätte sie in der Verbotszeit nicht zu relativ stärksten Reichstagsfraktionen aufsteigen können: Soviel von der Bundesrepublik als den „freiesten Staat der deutschen Geschichte“! Die dabei ersichtliche Unfreiheit kennzeichnet dementsprechend auch das gegen politische Ideen gerichtete bundesdeutsche Ersatzverbotssystem.

Neben einer entsprechenden Führungspersönlichkeit, die der zumindest „gegen Rechts“ totalitär-demokratisch eingestellten bundesdeutschen Dialogkultur standzuhalten imstande ist (was bei einem beamteten Professor in dieser Funktion im Zweifel eher nicht zu erwarten ist), sind erhebliche Finanzmittel erforderlich, die mindestens in Höhe des Betrages sich belaufen müßten, welche die bundesdeutsche politische Dialogkultur amtlich im „Kampf gegen Rechts“ zur Erhöhung der Staatsschulden verschwendet.

€-politische Alternativoptionen

Falls diese Voraussetzungen nachgewiesen werden könnten, wäre eine derartige, €-kritische Partei machbar. Sie mag europakritisch in dem Sinne sein, daß die Ersetzung der währungskollektivistischen EU durch eine EFTA (Freihandelszone) angestrebt wird oder auch pro-europäisch in dem Sinne (was sich mit der Freihandelsvariante nicht ausschließen muß), daß einmal nicht die europäischen Finanzen, sondern das Atomwaffenpotential Großbritanniens und Frankreichs, sowie deren Veto-Position im Sicherheitsrat der Vereinten

Nationen „vergemeinschaftet“ werden: In beiden Fällen wird man es nach amtlicher Einschätzung aber mit einer deutschen „Rechtspartei“ zu tun haben, was aus Sicht der etablierten politischen Klasse ein derartiges Gefahrenpotential darstellen dürfte, daß als Reaktion darauf dann die Ex-SED endgültig zur maßgeblichen Verfassungsschutzpartei der Bundesrepublik Deutschland aufsteigen würde. Sind der *Alternative* diese Bedingungen der bundesdeutschen Demokratie bewußt? Sollte dies bejaht werden können, wäre die wesentliche Voraussetzung für einen wünschenswerten Erfolg gegeben! Wenn nein, wird die *Alternative* als weiteres Opfer des „Kampfes gegen rechts“ im Parteienfriedhof Bundesrepublik Deutschland begraben werden.

Anmerkung:

Der vorliegende Text ist aus einem Vortrag hervorgegangen, den der Verfasser einige Zeit vor dem damals noch nicht absehbaren Auftreten der *Alternative für Deutschland* gehalten hat. Der Vortragsstil ist weitgehend beigehalten. Dem Stil eines Vortrages entsprechend ist vorliegend auf Literaturhinweise weitgehend verzichtet. Nachweise finden sich in folgenden einschlägigen jüngsten Beiträgen des Verfassers:

**Die Bundesrepublik auf dem Weg zur defekten Demokratie?
Beeinträchtigung des Mehrparteienprinzips durch Parteiverbotskonzeption**
http://www.links-enttarnt.net/upload/dokument_1328214551.pdf

und

**Begünstigung der politischen Linken durch die bundesdeutsche Verfassungsschutz-
Konzeption - Gründe und verfassungspolitische Alternative**
http://www.links-enttarnt.net/upload/dokument_1326109987.pdf

Die grundsätzliche Haltung des Verfassers zur Europa-Politik geht aus dem Beitrag hervor:

Die Entnationalisierung von Demokratie - Kritische Bewertung des Europa-Projekts
http://www.links-enttarnt.net/upload/dokument_1294080032.pdf

Zur Umformung der politischen Mitte als Obrigkeit mangels Alternative, s.

**Politische Mitte als Obrigkeit - Rückgewinnung des Demokratischen durch Etablierung
einer politischen Rechten**
http://www.links-enttarnt.net/upload/dokument_1362110416.pdf

Die Voraussetzung einer normalen Demokratie (auch für die Bundesrepublik Deutschland) hat der Verfasser in seinem jüngsten Buch definiert:

[Konsensdemokratie. Die Kosten der politischen Mitte](#) von Josef Schüßlburner von Edition Antaios (Gebundene Ausgabe - 1. Oktober 2010)
[Neu kaufen](#): EUR 8,50

JOSEF SCHÜSSLBURNER

Konsens- demokratie

Die Kosten der politischen »Mitte«

Edition Antaios  kaplaken 24